

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Verlag: Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard... Druck: Ullstein-Druckerei...

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Formdruck: Zentrale Ullstein, Ami Dönhofs 3600-3603... Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postfachkonto Berlin 660

Bulgarien ruft den Völkerbund an

Der Rat auf Montag einberufen

Nachrichtendienst der 'Vossischen Zeitung' a Sofia, 23. Oktober Der Ministerrat beschloß gestern nach längerer Beratung auf Grund des Art. 10 und 11 des Völkerbundespaktes als Protest gegen den griechischen Einfall auf bulgarischem Boden die unverzügliche Einberufung des Völkerbundes zur Beurteilung des Konfliktes anzuhängen.

16 Genf, 23. Oktober Der griechisch-bulgarische Grenzkonflikt wird nun bereits am Montag, dem 26. Oktober, den Völkerbundrat beschäftigen, der diesmal mit erstmaliger Befugnis auf das bulgarische Ereignis reagiert hat, das ihm am gestrigen Abend vom Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt wurde.

Die bulgarische Regierung hatte den Generalsekretär ersucht, er solle auf Grund des Art. 10 und 11 des Völkerbundespaktes den alsobaldigen Zusammenritt des Völkerbundes raten lassen. Der Art. 10 des Völkerbundespaktes betrifft die territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, und Art. 11 gibt jedem Mitgliedsstaat das Recht, bei Bedrohung des Friedens an den Völkerbund zu appellieren. Der Artikel legt am Schluß des ersten Absatzes: 'Zerstört ein solcher Fall ein (Bedrohung des Völkerbundes, so beruft der Generalsekretär unverzüglich auf Antrag irgendeines Bundesstaates den Rat ein.'

Kämpfe um Petritsch

Nachrichtendienst der 'Vossischen Zeitung' a Sofia, 23. Oktober Die Griechen legen ihren Vormarsch auf bulgarisches Gebiet fort. Nachdem sie bei ihrem Einfall über die Grenze, geschickt durch Einzelheiten und Streit, drei bulgarische Grenzstellungen eingehauen hatten, rüdten sie etwa sechs Kilometer längs des Grenzstroms vor in der Richtung auf Warnopol. Vormittags wurde das Dorf Slatitschewo im Grenzort östlich von Petritsch erobert. Ein griechisches Flugzeug belegte die Brücke beim Bahnhof Komana mit Bomben.

Wie zur Stunde ist auf das dreimalige bulgarische Verlangen nach schleuniger Unternehmung des Vorkalles keine Antwort Österreichens erfolgt; dagegen will die griechische Regierung eine Note an die bulgarische Regierung gerichtet haben, in der für drei geleitete griechische Soldaten eine Entschädigung von 6 Millionen Leva und die Befreiung der Schulden verlangt wird.

18 Genf, 23. Oktober. (Wiedergabe der Agence d'athènes.) Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Mazedonien telegraphiert: 'Da die Bulgaren in der Gegend von Demir Pazar

auf griechischem Gebiet standen, wurde ich, um die großen Verluste zu vermeiden, die eine Frontalangriff nach sich gezogen hätte, sowie aus anderen strategischen Gründen mich gezwungen, meine Kräfte bis Petritsch und nördlich von Sula vorzuschieben, was die Bul-

garen nötigte, das griechische Gebiet zu räumen.' Die griechische Regierung erwiderte darauf den strengen Befehl, den Vormarsch der Truppen einzustellen, falls die Bulgaren keinen neuen Angriff unternehmen.

Berliner Verkehrsstrust?

Geplante Zusammenfassung aller Verkehrsvereinigungen / Der Kampf mit der Hochbahn / Dienstag Entscheidung / Berliner, wählt!

Am nächsten Dienstag, am dem die alte Stadtverordnetenversammlung einigwillig über die Aufnahme der 30-Millionen-Grauent-Anleihe für die städtischen Elektrizitätswerke beschließen wird, soll auch noch eine zweite, für die Stadt ungemein wichtige Entscheidung fallen. Wie wir hören, wird an diesem Tage im Saal B. 3. am 23. Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenvereinigungen der gebildete 'Berntische Deputation' zusammenzutreten, um sich über die Frage schlichtig zu werden, ob die Stadt von ihrem bis zum 4. November fälligen Optionsrecht auf Einkauf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn Gebrauch machen will. Bei dieser Gelegenheit werden die Pläne des Magistrats zur Vereinheitlichung des gesamten Berliner Verkehrsnetzes einer Prüfung unterzogen werden. Die Vereinheitlichungspläne, die seit langem erzwungen werden, aber jetzt festere Gestalt angenommen haben, laufen im Kern darauf hinaus, die im Besitz der Stadt und in privater Hand befindlichen Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten.

Die Entscheidung über den Schicksal der Hochbahn fällt in einem Zeitpunkt, wo der unerfindliche Streit zwischen der Stadt Berlin und der Hochbahngesellschaft, die seit langem erzwungen werden, aber jetzt festere Gestalt angenommen haben, laufen im Kern darauf hinaus, die im Besitz der Stadt und in privater Hand befindlichen Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten. Die Entscheidung über den Schicksal der Hochbahn fällt in einem Zeitpunkt, wo der unerfindliche Streit zwischen der Stadt Berlin und der Hochbahngesellschaft, die seit langem erzwungen werden, aber jetzt festere Gestalt angenommen haben, laufen im Kern darauf hinaus, die im Besitz der Stadt und in privater Hand befindlichen Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten.

ausgegangen und hat daraufhin beschlossen, daß bei der Kaufsumme des Pfandbuchs manigfache des Jahresertrags zugrunde gelegt werden soll — eine unerfindliche und bei der veränderten Lage auf dem Geldmarkt auch ganz unbedachte Summe. Die Stadt, die sich zwei Jahre vor dem eventuellen Kauf, also bis zum 4. November d. 3., erfüllen muß, hat demnach finanziell kaum eine Möglichkeit, von ihrem Optionsrecht Gebrauch zu machen.

Wichtig ist auch die Frage, ob die Stadt bei der Kaufsumme, die bei der Kaufsumme des Pfandbuchs manigfache des Jahresertrags zugrunde gelegt werden soll — eine unerfindliche und bei der veränderten Lage auf dem Geldmarkt auch ganz unbedachte Summe. Die Stadt, die sich zwei Jahre vor dem eventuellen Kauf, also bis zum 4. November d. 3., erfüllen muß, hat demnach finanziell kaum eine Möglichkeit, von ihrem Optionsrecht Gebrauch zu machen.

Einigung mit Polen über die Optanten

Nachrichtendienst der 'Vossischen Zeitung' aus Warschau, 23. Oktober

Die fortgeschrittenen Bemühungen des deutschen Gesandten in Warschau, Stanislaw, auf eine entgegenkommendere Haltung Polens in der Optantenfrage hinzuwirken, haben einen erfreulichen Abschluß gefunden.

Der Außenminister Strajkowski erklärte heute mittig dem deutschen Gesandten namens der polnischen Regierung, daß Polen auf jeden Fall bereit sei, die Optantenfrage zu regeln, wenn man von den Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten.

Die Optantenfrage ist ein wichtiger Punkt der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, die Optantenfrage zu regeln, wenn man von den Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten.

Die freie Bewirtschaftung geeignet. Der freie Wettbewerb der einzelnen Verkehrsunternehmen ist ohnehin durch wirtschaftliche Bedürfnisse und durch die Gemeinwohlbedürfnisse für die Verkehrsverhältnisse notwendig. Soweit noch für den freien Wettbewerb ein Feld da ist, kann man von den Berliner Verkehrsvereinigungen möglichst auch unter Einbeziehung der Stadtbahn zu einem Unternehmen zusammenzufassen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und die technische Organisation des Berliner Verkehrsnetzes rationeller zu gestalten.

Selbstverständlich kommt es bei einer Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen nicht nur auf das Prinzip, sondern auch auf die Ausführung an. Die Pläne des Berliner Magistrats scheinen dahin zu gehen, daß man ein einheitliches, dem nichtwirtschaftlichen Unternehmen gründen, an dem die jetzigen Verkehrsvereinigungen ungefähr in der Höhe des jetzigen Kapitals teilnehmen, bei dem alle Kapitalbesitzer privates Kapital einsetzen sind. Gestiftet wird, daß auch die Hochbahngesellschaft als Eigentümerin der Berliner Stadtbahn sich an dem projektierten städtischen Verkehrsstrust beteiligt. Bis diese Pläne fertig zur Ausführung gerufen sind, wird freilich noch einige Zeit vergehen. Auf jeden Fall aber wird es Aufgabe der neuen Stadtverordneten-Versammlung sein, auf die Durchführung oder Nichtdurchführung dieses Vorstages maßgebenden Einfluß auszuüben. Ein Grund mehr, daß die Reichsregierung Berlin, welche die Wahl am nächsten Sonntag noch immer 'gleichgültig' hinsichtlich der Entscheidung bewußt werden, und nicht verstanden, wie Stimme für den demokratischen Fortschritt zur Verfügung zu bringen.

